21. Wahlperiode

Deutscher Bundestag
Ausschuss für Kultur und Medien

Ausschussdrucksache 21(22)197
vom 3. November 2026

Stellungnahme Chaim Noll

zu TOP 1 der 31. Sitzung am 11. November 2026:

Jüdisches Leben schützen, Antisemitismus entgegentreten:
Lehren aus dem 9. November 1938

Dem Ausschuss ist das vorliegende Dokument in nicht barrierefreier Form zugeleitet worden.

Stellungnahme zum Fachgespräch Ausschuss Kultur und Medien des Deutschen Bundestages am 11. 11. 2026 zum Thema „Jüdisches Leben schützen, Antisemitismus entgegentreten: Lehren aus dem 9. November 1938“

Ich begrüße die Initiative des Deutschen Bundestags, ein Fachgespräch zu diesem Thema anzuberaumen, und bedanke mich für die Einladung.

Als gebürtiger Berliner, zunächst im Osten der Stadt, bin ich seit 1984, seit 42 Jahren, Bürger der Bundesrepublik Deutschland und kann die Entwicklung in beiden Teilen Deutschlands aus persönlicher Erfahrung bezeugen. Insgesamt ist festzustellen: Die Situation der Juden in Deutschland hat sich **im letzten Jahrzehnt dramatisch verschlechtert**. Sie ist derzeit so prekär wie noch nie seit Bestehen der Bundesrepublik. Der Schutz jüdischen Lebens wird zu einer ernsthaften Herausforderung für die dafür verantwortlichen Politiker und Sicherheitsorgane.

Ich gehe davon aus, dass die deutsche Regierung und die Mitglieder des Bundestages den **Schutz jüdischen Lebens in Deutschland für notwendig** halten. Die Aufgabe, jüdisches Leben zu schützen, ist heute schwieriger als 1938. Warum? Das Pogrom vom 9. November 1938, bekannt unter dem Namen „Reichskristallnacht“, war, wie mir der auf diesem Gebiet seit Jahrzehnten forschende Historiker Götz Aly kürzlich erklärte, von staatlichen Stellen organisiert. Es war keine Erhebung von Teilen der Bevölkerung, keine Aktion von Basisgruppen wie heute. Es wurde durch Anweisung bestimmter staatlicher Institutionen der Reichsregierung und der NSDAP in Gang gesetzt und auf die gleiche Weise, „durch Befehl von oben“, wieder beendet. Danach ging man zu anderen Formen der Judenverfolgung über, aber der offene Straßenterror des 9. November endete – zumindest in deutschen Städten – mit diesem Tag.

Dagegen halten die seit dem Juden-Massaker der Hamas am 7. Oktober 2023, also seit drei Jahren andauernden Unruhen und Ausschreitungen in deutschen Städten weiterhin an. Sie lassen sich offenbar nicht so leicht beenden. Im Gegenteil, **der offene Straßenterror muslimischer und linker Gruppen gegen Juden und ihren Staat** wird in Deutschland zur stehenden Einrichtung. Der Grund dafür ist klar ersichtlich: Regierung, Polizei und Justiz gehen nicht ernsthaft gegen die organisierten Judenhasser und Israelgegner vor.

Besonders eklatant fällt das auf im Fall der **offenen Aufrufe zum Judenmord** von Seiten türkischer und arabischer Demonstranten, die mittlerweile alltäglich geworden sind. Gemeint sind inzwischen populäre Sprechchöre wie *„From the River to the sea – Palestine*

will be free", der die Beseitigung des jüdischen Staates fordert, *„Yallah, yallah, Intifada…",* der zur Tötung von israelischen Staatsbürgern aufruft, oder der eindeutige Mord-Aufruf *„Hamas, Hamas, Juden ins Gas!"* Oft erfolgen solche Auftritte vor Synagogen und bei laufenden Security-Kameras. Soweit mir bekannt, ist bisher keiner der Rufer von einem deutschen Gericht verurteilt worden, obwohl der offene Aufruf zum Mord an Juden (wie jeder Mord-Aufruf) in Deutschland eigentlich einen Straftatbestand darstellt und bestraft werden müsste (nach Artikel 111, Absatz 2 des Strafgesetzbuches der Bundesrepublik Deutschland mit einer Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren). Daher habe ich bereits 2021 in der in Berlin erscheinenden Internet-Zeitung *Achse des Guten* öffentlich die Frage gestellt: *„Ist der Aufruf zum Judenmord in Deutschland noch strafbar?"*

Ich schrieb 2021: *„Die Ermittlung der ‚Juden-ins-Gas'-Rufer sollte, da die betreffenden Auftritte gefilmt, sogar zahlreich ins Netz gestellt wurden, kein unlösbares Problem darstellen. Die deutsche Polizei hat, wenn sie wollte, schon mit weit weniger Beweismaterial Gesetzesbrecher zur Strecke gebracht. Wenn ich oder ein anderer nicht-muslimischer Deutscher morgen in Deutschland eine Straftat begehen und uns dabei noch filmen lassen, wette ich, dass die Aufklärung nicht lange auf sich warten lässt. Nur scheint es gehegte und gehätschelte Milieus zu geben, wo der Aufklärungswille erlahmt."*

Auch auf die **infektiöse Wirkung solcher Versäumnisse in der Strafverfolgung** habe ich damals hingewiesen, indem ich fragte: *„Ist der Aufruf zum Mord an Juden in Deutschland wirklich strafbar oder nur auf dem Papier? Gibt es geschützte Gruppen, denen er erlaubt wird? Dann wird er bald auf andere übergreifen, auf junge Nazis oder Antifa-Kämpfer, und für Juden in Deutschland wird es wirklich gefährlich. Auch für Deutsche, die sich für sie einsetzen."*

Die Infektion genuiner deutscher Milieus mit dem importierten islamischen Judenhass ist längst erfolgt. Wobei es sich nach Ansicht des israelischen Botschafters **in Deutschlands, Ron Prosor, heute vor allem um linke Kreise handelt. Laut Süddeutscher Zeitung vom 27. Oktober 2026 erklärte Prosor: *„Die größte Gefahr für Juden in Deutschland geht (…) nicht von der AfD aus. Der linke Antisemitismus ist das Gefährlichste:*** *Im kulturellen und akademischen Bereich hat man die rote Linie zwischen Meinungsfreiheit und Aufhetzung längst überschritten."*

In der Partei *Die Linke* ist die **Verquickung linker Milieus mit militant-muslimischen oder Clan-kriminellen Kreisen** bereits erfolgt. *„Eine Regierungskoalition unter Führung der Linkspartei im Berliner Abgeordnetenhaus bedrohe jüdisches Leben, warnte der Botschafter. ‚Juden haben Angst, mit Davidstern und Kippa in die U-Bahn zu gehen. Jüdische*

Studenten fürchten sich auf dem Uni-Campus. Und jüdische Familien nehmen ihre Kinder aus öffentlichen Schulen, um sie zu schützen.'"

„Jüdisches Leben schützen" wird angesichts solcher Verhältnisse zur **bloßen Formel der Selbstberuhigung.** Der Ausbruch von massenhaftem, offen deklarierten Judenhass, den die Bundesrepublik seit dem 7. Oktober 2023 erlebt, ist nicht überraschend. Über Jahre wurde der muslimische und linke Israel- und Judenhass aus der Untersuchung ausgeblendet. Man fokussierte ganz auf den Antisemitismus von rechts und ignorierte weitgehend den von links und von muslimischer Seite. Gerade staatliche Stellen wie das Bundeskriminalamt (BKA) haben zur **Verschleierung der wirklichen Gefahr** beigetragen.

Das BKA hat Statistiken präsentiert, in denen der Ruf „Hamas, Hamas, Juden ins Gas!" unter den antisemitischen Straftaten mit „rechtsradikalem Hintergrund" registriert wurde, obwohl dieser Ruf fast ausschließlich von arabischen und türkischen Demonstranten ausging. Die von muslimischen Judenhassern verübten Übergriffe gegen Juden verschwanden in den Statitiken des BKA in der nebulösen Verallgemeinerung „Politische Motivierte Kriminalität (PMK) religiöse Ideologie", um das Wort Islam zu vermeiden. Noch 2020 behauptete das BKA in seiner Jahresstatistik, 94% aller antisemitischen Straftaten in Deutschland wären dem „Phänomenbereich PMK rechts" zuzuordnen. Erst in den Berichten der letzten drei Jahre, als das Phänomen islamischer Judenhass beim besten Willen nicht mehr zu ignorieren war, wurde ihm überhaupt in den Untersuchungen Aufmerksamkeit gewidmet.

Dabei hatte eine viel beachtete Studie der Universität Bielefeld bereits 2017, gestützt auf Befragungen von mehreren Tausend deutschen Juden, **die überwältigende Mehrheit (81%) judenfeindlicher Übergriffe als von islamischer Seite ausgehend** festgestellt. (In der Statistik des BKA vom gleich Jahr waren es nur 2% – ein klarer Fall von Daten-Manipulation.) Auch eine israelische Erhebung im Auftrag der Tel Aviver *Histadrut HaZionit HaOlamit* unter dem hebräischen Titel *Aliyat HaJamin HaKizoni ve HaAntishemijut* (Der Aufstieg der extremen Rechten und der Antisemitismus) kam, wie die *Jerusalem Post* am 3. Februar 2020 berichtete, zu dem Ergebnis: *„The Rise of the far Right is not the main source of Antisemitism in Europe."*

Die ideologisch motivierte Fehleinschätzung der wahren Hintergründe des alarmierenden Anstiegs antisemitischer Zwischenfälle durch deutsche Politiker und Medien hat viel zur Verschlechterung der Situation beigetragen. **Parteipolitische Interessen** standen im Vordergrund, nicht die Sicherheit der deutschen Juden. Im Überblick komme ich zu dem Ergebnis, dass die Bundes- und Länderregierungen des vergangenen Jahrzehnts kaum etwas

Wirksames zur Bekämpfung der wachsenden Judenfeindschaft in Deutschland beigetragen haben und sogar mitverantwortlich sind für deren weiteren Anstieg.

Auch **die maßgeblichen deutschen Medien** haben (mit Ausnahme der Bild-Zeitung) durch ihre beharrliche anti-israelische Grundtendenz über Jahrzehnte zum Aufbau einer anti-israelischen, im weiteren Verlauf zwangsläufig auch anti-jüdischen Stimmung beigetragen. Die Berichterstattung war einseitig, oft sachlich falsch und in vielen Fällen unwahr, sie schreckte auch nicht zurück vor der Verwendung alter antisemitischer Stereotype. Der Staat Israel wurde zunehmend dämonisiert. Das heutige Erschrecken über antisemitische Tendenzen in der deutschen Jugend ist wenig glaubwürdig: Man kann nicht Jahrzehnte lang in Medien und Schulbüchern Israel als neo-kolonialistische Besatzungsmacht darstellen und den jüdischen Siedlungsbau als völkerrechtswidrige Okkupation, und dann darüber erstaunt sein, wenn die junge Generation anfällig wird für Israel-Hass und Antisemitismus.

Bis 2015 konnten sich Juden in der Bundesrepublik im Großen und Ganzen sicher fühlen. Das heißt nicht, dass es keinen Judenhass gegeben hätte, doch er durfte sich nicht offen präsentieren. Auf die Gefühle und Empfindlichkeiten der deutschen Juden wurde große Rücksicht genommen. Antisemitische Äußerungen von Deutschen erfuhren demonstrative, manchmal übertriebene Verurteilung durch Medien und Politiker. (Etwa der erzwungene Rücktritt des CDU-Politikers Philipp Jenninger vom Amt des Bundestagspräsidenten 1988 wegen einiger missglückter Passagen in seiner Gedenkrede zum 9. November).

Doch dem ungehemmten, religiös-kulturell motivierten **Judenhass der muslimischen Einwanderer** steht die deutsche Gesellschaft fast wehrlos gegenüber. Er begann ab 2015 zunehmend öffentlich zu wirken. Eine Politik des furchtsamen Wegschauens machte möglich, dass er sich ungehindert ausbreiten konnte. Katastrophale Wirkung hatte er auf die junge Generation in Deutschland. Die zunehmende Dominanz junger Muslime auf deutschen Schulhöfen führt dazu, dass antisemitische Stereotype für junge Deutsche wieder alltäglich geworden sind.

Diese Entwicklung wird sich fortsetzen, wenn ihr nicht von politischer und medialer Seite energisch entgegengearbeitet wird. Wie lässt sich der neue deutsche Antisemitismus stoppen? Lassen Sie mich zum Abschluss meines eher deprimierenden Überblicks einige **Vorschläge** unterbreiten. Ich plädiere für eine Kombination aus

1. rechtsstaatlichen Mitteln, vor allem, was man im Englischen *Law Enforcement* nennt, Durchsetzung des bestehenden Rechts, in diesem Fall überwiegend Mittel der Strafverfolgung

2. Aufklärung über Judentum und Israel

Die **strafrechtliche Ahndung von öffentlich erklärtem Judenhass**, vor allem Aufrufe zum Mord an Juden muss ernster genommen werden als bisher. Niemand, der vor einer deutschen Synagoge brüllt „Hamas, Hanas, Juden ins Gas!“ darf ungestraft davonkommen. Die Täter müssen identifiziert und vor Gericht gestellt werden. Unter möglichst großer öffentlicher und medialer Teilnahme.

Verzerrten Darstellungen des Judentums und des jüdischen Staates muss **mit Mitteln staatlicher Aufklärung** entgegengewirkt werden. Dabei geht es darum, das Judentum und den jüdischen Staat zu popularisieren. Vor allem in Schulen und Universitäten. Dazu sollte man junge Juden und junge Israelis in Schulen und Universitäten einladen (und den derzeit notwendigen polizeilichen Schutz garantieren), um ihnen in Diskussionsrunden Gelegenheit zu geben, Fragen junger Deutscher über jüdisches Leben und den jüdischen Staat zu beantworten und Gegenargumente zu gängigen Vorurteilen und Fehlinformationen vorzutragen.

Bücher jüdischer und israelischer Autoren sollten in den Lehrstoff der Gymnasien aufgenommen werden. Dabei ist zu beachten, dass alle politisch-weltanschaulichen Richtungen der extrem diversen jüdischen und israelischen Literatur angemessen vertreten sind.

Besonders empfehle ich Schulpartnerschaften deutscher und israelischer Gymnasien, verbunden mit Reisen von Schülergruppen in das jeweils andere Land. Nach meiner Erfahrung ist nichts so wirksam zum Abbau anti-jüdischer und anti-israelischer Vorurteile wie eine Reise nach Israel.

Chaim Noll Beer Sheva, Israel